

Widerstand gegen den industriellen Gipsabbau nimmt zu

von Mike Kess

Auf etwa 100 km Länge erstreckt sich die weltweit einzigartige Südharzer Gipskarstlandschaft. Diese Landschaft reicht als schmaler Gürtel von Osterode in Niedersachsen über Nordhausen in Thüringen bis Sangerhausen in Sachsen-Anhalt. Doch die Gipskarstlandschaft ist bedroht, denn Gips ist ein begehrter Rohstoff. Heutzutage wird das „weiße Gold“ mittels Sprengungen und Schwertechnik der Natur entrissen. Aber Gips ist endlich. Er ist ein natürlicher Bodenschatz, der, wenn die Gipsindustrie so weiter macht wie bisher, in wenigen Jahrzehnten aufgebraucht sein wird. Mit dem vom Bundestag beschlossenen Kohleausstieg fällt langfristig auch der bei der Rauchgasentschwefelung in Kohlekraftwerken entstehende sogenannte REA-Gips weg.

Dies wirft die Frage nach dem Bedarf und Anforderungen an die Gipsförderung auf. Die Rohstoffindustrie sieht die Antwort in einem massiven Ausbau der Naturgipsförderung, obwohl es Alternativen gibt. Nach den Vorstellungen der Industrie sollen sogar Regelungen aus Naturschutzgesetzen außer Kraft gesetzt werden, um zukünftig auch in Schutzgebieten fördern zu können. Insbesondere im Südharz stehen wertvolle Naturlandschaften im Fokus der Bergbaufirmen. Rund zehn Millionen Tonnen Gips verbraucht Deutschland jedes Jahr. Während es in Thüringen und Niedersachsen Bestrebungen gibt, den massiven Raubbau an der Natur einzuschränken, will die neue Landesregierung in Sachsen-Anhalt den Weg für die Industrie freimachen.

Sachsen-Anhalt will Weg für die Gipsindustrie ebnen

Die Kohlekommission empfahl in ihrem Abschlussbericht vom Januar 2019, den „fortschreitenden Wegfall an REA-Gips durch eine zusätzliche umweltverträgliche Gewinnung von Naturgips auszugleichen“. Mike Kess, der selbst als Berater („Sherpa“) in der Kommission saß, weist auf die fehlende fachliche Auseinandersetzung mit der Gips-Frage während der halbjährigen Arbeit am Kohlekompromiss hin: „Die Kohlekommission hatte sich inhaltlich nicht mit dem Bedarf an Gips beschäftigt. Auf Drängen der Gipsindustrie wurde dann jedoch ungeprüft deren Forderung in den Kommissionsbericht übernommen“.

In deren Sinne hat sich inzwischen auch die neue Landesregierung von Sachsen-Anhalt positioniert: „Um den steigenden Bedarf an Gips-Baustoffen abzudecken und die heimischen Wertschöpfungsketten der Gipsindustrie zu erhalten, ist somit eine Steigerung der Naturgipsgewinnung notwendig (siehe Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung – Kohlekommission“). Daher sollten die Gips-Lagerstätten in Sachsen-Anhalt gesichert sowie deren umweltverträgliche Gewinnung ermöglicht werden“, wurde im Koalitionsvertrag zwischen CDU, SPD und FDP festgehalten. „Das ist ein vollkommener Kniefall vor der Gipsindustrie“ sagt Kess vom Umweltnetzwerk Grüne Liga. Ein Satz im Abschlussbericht der Kohlekommission darf nicht als Freibrief zum Abbaggern ganzer Landstriche missverstanden werden“, mahnt Kess. Die Bundesregierung hat nach eigener Aussage keinerlei Informationen über den künftigen Bedarf an Gips, wie eine parlamentarische Anfrage im Deutschen Bundestag vom August 2020 zeigte „Ohne eine unabhängige Prüfung des Bedarfes, der Alternativen und verstärktes Recycling darf es keine vorschnellen Entscheidungen zur Förderung von Naturgips geben“, fordert Kess.

Umweltverträgliche Gewinnung ist ein Mythos der Industrie

Für die Grüne Liga gehört die im sachsen-anhaltischen Koalitionsvertrag angekündigte „umweltverträgliche Gewinnung“ in den Bereich der Mythen der Industrie. Das Umweltnetzwerk untersucht nun schon seit über 1,5 Jahren im Rahmen eines vom Umweltbundesamt geförderten Projektes die Auswirkungen des Naturgipsabbaus. Auf einer Online-Tagung des Umweltnetzwerks zur Umweltverträglichkeit des Gipsabbaus in Deutschland Anfang Oktober 2021 waren sich die Expert*innen einig, dass durch die Rohstoffförderung die Natur – besonders im seltenen Gipskarst – unwiederbringlich zerstört wird. „Der Abbau von Gips kann nicht als naturverträglich bezeichnet werden; der Abschluss zusätzlicher Abbaugelände lässt sich nicht mehr vertreten“, fasst der Bundesvorsitzende der Grünen Liga René Schuster die Diskussion zusammen. Unterstützung bekamen die Kritiker*innen des industriellen Gipsabbaus in Deutschland aus den USA. Der Exekutivdirektor des US National Cave and Karst Research Institute George Veni aus Carlsbad (New Mexiko) erklärte, Deutschlands Gipskarst sei von der UNESCO als Globaler Geopark anerkannt und verfügt über das weltweit einzige Gipskarst-Biosphärenreservat. Für den US-Forscher sei ein Abbau in sensiblen Gebieten nicht mehr nötig. „Synthetischer Gips ist jetzt einfach und günstig zu erhalten. Phosphorgips ist zum Beispiel ein reichlich vorhandenes Abfallprodukt, das in vielen Ländern für den Bau, Stra-

Benbau, Düngemittel und Deponien verwendet wird“, sagte Veni in einer Grußbotschaft. Bärbel Vogel vom Verband der deutschen Höhlen- und Karstforscher e. V. bekräftigte: Wenn einmal mit Gipsabbau begonnen werde, seien die Gebiete nicht mehr renaturierbar. Höhlen könne man nicht wieder herstellen, sagte die Vorsitzende des deutschen Höhlenforscherverbandes. Derzeit sind etwa 170 Höhlen im Südharz bekannt, die wertvolle Lebensräume darstellen. Vogel sprach sich für einen besonderen Schutz des Gipskarstes aus. Aufgrund seiner Einzigartigkeit könne der Südharz auch UNESCO-Welterbe werden.

Veraltetes Bergrecht muss reformiert werden



© Grüne Liga

Zwar seien Abbau-Unternehmen rechtlich dazu verpflichtet, Ersatzmaßnahmen zu leisten und Kompensationen vorzunehmen, aber es sei „eine ganz andere Natur“, die dann entstehe, erklärte die Umwelt- und Bergrechtsanwältin Ursula Philipp-Gerlach von der renommierten Kanzlei Philipp-Gerlach & Teßmer aus Frankfurt/Main. Das Problem beim Gipsabbau sei,

dass besonders schützenswerte Biotopel unwiederbringlich verloren gingen. Das Berg- und sonstiges Fachrecht sei so angelegt, dass der Naturschutz zwar beachtet werden müsse; im Rahmen von Ausnahmeregelungen sei der Abbau aber auch in diesen besonders schützenswerten Biotopen möglich, erläuterte Philipp-Gerlach die aktuelle Rechtslage.

Initiativen aus ganz Deutschland, die vom zunehmenden Abbau von Kies, Sand und Gips betroffen sind, fordern daher von der Bundespolitik ein Moratorium für Genehmigungen neuer Abbaugelbiete und eine Reform des antiquierten Bergrechts. „Es brodeln gewaltig an vielen Orten in Deutschland. Der industrielle Abbau von Sand, Kies, Gips und anderen Gesteinen sorgt für die Zerstörung unwiederbringlicher Natur und Landschaften auf Kosten nachfolgender Generationen“, sagt Ulrich Wieland von der Bundeskontaktstelle Gesteinsabbau des Umweltnetzwerks Grüne Liga.

Vom Gesteinsabbau betroffene Regionen organisieren sich

Im August 2020 trafen sich erstmals Initiativen aus ganz Deutschland, die sich kritisch mit dem immer stärker voranschreitenden Abbau von Kies, Sand und

Gips auseinandersetzen. Nach einem über fünfstündigen Austausch verabschiedeten die Vertreter*innen gemeinsam eine „Erfurter Erklärung“ mit einem Forderungskatalog an die Bundesebene. Die Kritiker*innen fordern vor allem eine Reform des Bergrechts, um mehr Mitsprache und den Schutz der Umwelt zu gewährleisten. Zudem sollen weitere Recyclingquoten in der Bauwirtschaft eingeführt werden, sowie auch eine bundesweit einheitliche Steuer auf alle geförderten Gesteine eingeführt werden. Weiterhin braucht es ein Förderprogramm zur Entwicklung nachwachsender und alternativer Baustoffe. Bis die Forderungen umgesetzt sind, soll ein Moratorium verhängt werden. Es dürften nur in Ausnahmefällen Genehmigungen für neue Abbaugelände erteilt werden, fordern die Initiativen. Dabei gäbe es moderne Ansätze, die sehr viel sorgsamer mit Ressourcen umgehen. „Wir brauchen ein Ende der veralteten Rohstoffgewinnungsmethoden im gesamten Baubereich! Die Devise muss lauten „Die Stadt als Steinbruch“ anstatt „Raubbau an der Natur“, fordert Wieland.

Wieland weist darauf hin, dass klimaverträgliches Bauen und ein verstärkter Einsatz von Recyclingbaustoffen nicht nur dem Klima nützt, sondern auch Regionen in Deutschland entlastet, in denen Sand, Kies und Gips abgebaut wird. „Deutschlandweit bemerken wir verstärkte Interessen der Gesteins- und Mineralindustrie, Abbaugelände massiv auszuweiten. Das trifft auf erbitterten Widerstand in den Regionen. Von den Gipsfördergebieten im Südharz, den Sand- und Kiesgruben in Ostdeutschland bis hin zu denen am Rhein – an vielen Orten bilden sich Bürger*inneninitiativen, die gegen die Industrieinteressen aufbegehren“, sagt Wieland: „Eine Wende im Bauwesen könnte auch zu einer Befriedung in den betroffenen Regionen führen“

Deutschland braucht eine Bauwende

Die Forderung nach einer Wende im deutschen Bauwesen wird immer größer. Anfang Januar 2021 erreichte eine Petition im Deutschen Bundestag zur Bauwende das nötige Quorum mit über 57.000 Mitzeichner*innen. Darin wird ein „umfassendes Maßnahmenpaket für ein klima- und sozialverträgliches Bauen“ gefordert. Die Gruppe „Architects4Future“ spricht sich in der Petition für einen nachhaltigen Wandel im Bausektor aus. In der Petition wird unter anderem gefordert, dass der



© Grüne Liga

Marktpreis von Baumaterialien alle Umweltfolgekosten umfassen müsse und Bauprodukte kreislaufgerecht rückgebaut werden sollen, um sie nach Dekonstruktion wieder verwenden zu können.

„Das ist ein starkes Zeichen für eine längst überfällige Wende im Bauwesen. Die Menschen in Deutschland sind nicht mehr bereit, den Status quo hinzunehmen. Die Diskussion ist eröffnet und muss jetzt von der neuen Bundesregierung aufgegriffen werden“, sagt Uli Wieland. Eine Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) hat ergeben: Wenn das Neubauwachstum weiter anhält, werden Baustoffemissionen bis 2050 ein Fünftel der CO₂-Emissionen ausmachen. Das Bauwesen gehört zu den ressourcenintensivsten Wirtschaftszweigen. Alleine in Deutschland werden jährlich 517 Millionen Tonnen mineralischer Rohstoffe verbaut.

Man müsse nicht nur an der Bereitstellung von Gips als Primärrohstoff arbeiten, grundsätzlich brauche es auch endlich eine Bauwende in Deutschland. Das ist für Dr. Hermine Hitzler von Architects4Future ein „ganz großer Hebel“. Für einen zukunftsfähigen Umgang mit Ressourcen müsse die Kreislaufwirtschaft gestärkt und mehr auf Recycling gesetzt werden, forderte Hitzler. Eine Bauwende muss dabei klimagerecht, ökologisch und sozial nachhaltig sein. Die Bauwirtschaft mache sich auf den Weg, so Hitzler. Aktuell landet jedoch ein der Großteil der hergestellten Gipsprodukte noch als Abfall auf Deponien, anstatt durch kontrollierten Rückbau der Wiederverwertung zugeführt zu werden.

Ein Bündnis zivilgesellschaftlichen Organisationen fordert jetzt die neue Bundesregierung auf, bis 2045 aus dem Naturgipsabbau auszusteigen und ab sofort keine Genehmigungen mehr für neue Abbauflächen zu erteilen. In einem gemeinsamen Positionspapier sprechen sich die Verbände GRÜNE LIGA, Naturschutzbund (NABU), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Verband deutscher Karst- und Höhlenforscher (VdHK) und die Initiative Architects4Future (A4F) für den Erhalt seltener Naturlandschaften und ein grundsätzliches Umdenken im Baubereich aus.

Mike Kess

Bundesverband GRÜNE LIGA e.V./ Netzwerk Ökologischer Bewegungen

Bildquellen: „ideengrün | markus pichlmaier“